

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 11

Artikel: Ist der Kapitalismus an den Weltkriegen schuld?
Autor: Bondy, François
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334301>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Streuli auf solche Abzugsbescheinigungen zu verzichten ist; deren Fortfall bringt allen Beteiligten eine sehr beträchtliche Entlastung.

(Schluß folgt.)

Ist der Kapitalismus an den Weltkriegen schuld?

Von François Bondy

I.

Auf diese Frage kann es für den Sozialisten scheinbar nur eine Antwort geben: Gewiß, die Welt liegt im Chaos, sie ist krisenhaften und kriegerischen Erschütterungen ausgesetzt, weil der Kapitalismus als Produktions- und Verteilungssystem der modernen Wirtschaft nicht mehr entspricht, weil er Millionen Menschen die Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse versagt, weil ferner die wirtschaftlich maßgebende Schicht den zum Krieg treibenden Mächten Vorschub leistet.

In Prof. V. Gitermanns meisterhaft klarer und prägnanter Schrift «Rückblick und Ausblick, weltpolitische Perspektiven», Oprecht 1942, heißt es denn auch gleich zu Anfang, «daß dieser Krieg, im Grunde genommen, sich als zwangsläufiges Resultat der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ergeben hat». Der Weg vom Kapitalismus zum Krieg wird dann in kühner Vereinfachung derart dargestellt: Die zuerst industrialisierten Länder reißen die wichtigsten Weltmärkte an sich; die zu spät industrialisierten Länder (Deutschland, Japan) können sich ihren Markt nur durch kriegerische Expansion auf Kosten der bereits Besitzenden erobern. Da nun die ökonomisch rückständigen Länder, wo das Kapital eine höhere Gewinnrate erzielt, sich selber industrialisieren und von Abnehmern zu Konkurrenten werden, geht der Kampf um den «Lebensraum» des profitgierigen Kapitals auf immer engerer Basis und gerade deshalb auf immer gewaltigeren Räumen vor sich und erzeugt schließlich mit Naturnotwendigkeit die Weltkriege. Der Weltkrieg ist gewissermaßen der Beweis, daß der Kapitalismus eine internationale Macht bedeutet, der die fernsten Länder und Kontinente miteinander verknüpft und alle Interessensphären derart ineinander verknäult, daß von den Zuckungen dieser Wirtschaftsform die ganze Menschheit betroffen wird, vom Neuyorker Börsenjobber bis zum Kopffäger in Neuguinea.

So einleuchtend diese Auffassung auch klingt, so ist sie für den Sozialismus dennoch kein Glaubensartikel. Schon als Rosa Luxemburg in ihrem ökonomischen Hauptwerk die berühmte «Katastrophentheorie» aufstellte, wonach der Kapitalismus nur so lange bestehe, als er in neue nicht kapitalistische Wirtschaftsräume einbrechen und sie ausplündern könne, betonten namhafte Sozialisten wie Otto Bauer mit Recht, daß, rein ökonomisch gesehen, der Kapitalismus auch in einer rein kapitalistischen Welt bestehen kann, wenngleich unter furchtbaren Krisen und periodischen Wertvernichtungen. Zwar besteht bei uns allen die Neigung,

die berühmten theoretischen Diskussionen von damals zwischen Bolschewiken, Menschewiken, Austromarxisten und wie sie alle hießen mitleidig als überholt und für heute unbrauchbar abzutun. Es spielt dabei die Erinnerung mit, daß der theoretisch so hochstehende deutsche Sozialismus erst 1914, dann 1933 in der Praxis kampflos versagt hat und daß daher die Spitzfindigkeiten über die Tabellen etwa im dritten Teil des «Kapitals» der Arbeiterklasse wenig gefruchtet haben. Ebenso denken wir bei den russischen Sozialisten daran, daß der am wenigsten theoretisch belastete, robuste Stalin sich als Mann der Tat bewährt hat, während die großen theoretischen Leuchten der Partei, ein Bucharin, ein Kamenev, ein tragisches, durch gelogene Geständnisse besudeltes Ende nahmen und ein Trotzki sich in fanatische Sektiererei verrannte.

Mit solchen gefühlsmäßigen Belastungen hat heute eine theoretische Auseinandersetzung zu kämpfen. Und doch — gerade in Zeiten der Niederlagen, des Umbruchs müssen sich Sozialisten vom Schlagwort zu lösen verstehen, sich aufs neue kritisch die Welt ansehen und sich fragen: Welche Kräfte sind hier am Werk? Wo kann ich anknüpfen? Was will ich? Der Sozialismus muß sich auf sein Ziel besinnen: die gesamte Menschheit in eine friedliche Arbeitsgemeinschaft zu verwandeln. Auf seinen mächtigen und naiven Glauben: die Welt beglücken und erneuern zu können. Zugleich muß er sich zu neuen Erkenntnissen durchringen; ein schmerzhafter, oft mühsamer Prozeß, der sich unbewußt und konfus in vielen von uns vollzieht, schneller und klarer bei den Besten: einem Manabendra N. Roy in Indien, einem Ignazio Silone in Zürich.

II.

Marx war der Auffassung, daß der Kapitalismus in unaufhaltsamem Zuge über die nationalen Einheiten hinausdränge, deren Aufsteigen er mächtig befördert hat, und zum Weltmarkt führe. In dem Maße aber, wie der Kapitalismus sein eigenes übernationales Wesen realisiere, würden die modernen Klassengegensätze immer schroffer in den Vordergrund treten und mit ihnen der eine entscheidende Gegensatz: Hie Bourgeoisie, hie Proletariat.

Die Geschichte hat aber vorläufig einen andern Weg eingeschlagen. Der Kapitalismus drängte zwar einerseits zur Internationalisierung des Wirtschaftslebens, aber «in unermeßlich größerem Maße zur Nationalisierung der kapitalistischen Interessen» (Bucharin), zur zunehmenden Versteifung der nationalen Gruppen: Sammlung nach innen, Abschließung nach außen und schließlich Zusammenstöße zwischen national gefestigten Staaten, wo die inneren Gegensätze zwischen den Klassen vor der gemeinsamen Bedrohung durch den «äußeren Feind» zurückwichen und sich das Wort Goncourts nach 1870 erfüllte, daß die «neue Erfindung der Nation die Menschen fortan zwingen werde, sich wie Rattenvölker zu zerfleischen».

Diese «neue Erfindung der Nation» ist nun nicht einfach eine neue Maske, hinter der sich der ausbeutende Kapitalismus zeitweilig versteckt. Nein, die moderne Nation ist der Ausdruck der zunehmenden geschichtsbildenden Macht «plebejischer» bäuerlich-kleinbürgerlich-proletarischer

Massen, die durch den Kapitalismus zum Bewußtsein ihrer Gemeinsamkeit erweckt werden. Die erwachenden Nationalitäten, ihre Probleme und Kämpfe drängen im 19. Jahrhundert die Geschichte auf einen andern Weg, als es der schlechthin bürgerliche ökonomische Kapitalismus tat, auf einen Weg, der zugleich zur Vernichtung der restlichen feudalen und dynastischen Mächte Europas und zur Auflösung der übernationalen Tendenzen und Gebilde — wie Österreich-Ungarn — führte.

Nicht im allgemeinen Rahmen also der kapitalistischen Entwicklung und ihrer Zwangsläufigkeiten, sondern nur durch konkrete Untersuchung der ganz eigentümlichen nationalen Probleme des Kontinents lassen sich die wesentlichen Züge der europäischen Entwicklung begreifen: die Revolutionen von 1848, die Bismarckschen Kriege, die Weltkriege von 1914 und 1939.

Es ließe sich bis ins einzelne der Handelsstatistiken nachweisen, daß das deutsch-englische Ringen um den Weltmarkt nicht der Grund des Weltkrieges war. Der deutsche Export in die britischen Kolonien wuchs unaufhörlich und relativ ungehemmt. Die wichtigsten kolonialen Machtkämpfe zwischen England, Frankreich und Deutschland — Ägypten, Marokko, Mesopotamien — ließen sich auf Konferenzen begleichen. Die wachsende Verflechtung der Industrie- und Handelsinteressen zwischen den großen Industriestaaten wollte man, kolonialem Besitzzuwachs zuliebe, nicht in Frage stellen. Deutschland besaß durchaus die Möglichkeit, ohne Krieg zum Juniorpartner des britischen Weltreichs aufzusteigen. Die englische Kriegsflotte sperrte keinen Handelsweg. England ist tatsächlich erst in den Krieg eingetreten, als der Einmarsch in Belgien erfolgte, der nicht einen Kolonialmarkt, sondern die englische Unabhängigkeit bedrohte.

Der tiefere Grund des Weltkrieges lag, wie namentlich Carlo Sforza das nachgewiesen hat, im unaufhaltsamen Zerfall Österreich-Ungarns und in dessen Zusammenprall mit dem aufsteigenden Slawentum. Besonders nach Serbiens Erstarkung infolge der Balkankriege war Österreich von einer Sprengung durch die zentrifugalen Nationalkräfte bedroht, und das Haus Habsburg versuchte, dieser Bedrohung mit dem Präventivmittel des Krieges gegen Serbien zu begegnen. Die Monarchie vermochte während vier Jahren ihre überraschend große Kohäsionskraft zu erweisen, brach aber schließlich unter der Wirkung derselben Zersetzungs-faktoren zusammen, die seit 1848 ihre Gefüge unterhöhlten. Der Krieg von 1914 ist in mancher Hinsicht die militärische Fortsetzung der 1848 durch die demokratischen Revolutionen aufgeworfenen Probleme. Gerade hier bewährt sich Gitermanns Auffassung (in der erwähnten Schrift) von Diktatur und Kriegen als «verdrängten Revolutionen».

So paradox das klingen mag, der äußerliche Anlaß des Weltkrieges war auch zugleich sein Inhalt und Resultat. Er begann mit der Erschießung des österreichischen Thronfolgers durch serbische Revolutionäre und endete mit dem Sturz der Dynastien, hüben und drüben, mit dem Sieg einer Reihe nationaler bäuerlich-bürgerlicher Revolutionen in Osteuropa.

III.

Aber das Problem, um das Europa seit der Französischen Revolution ringt — die Integrierung der durch die kapitalistische Entwicklung hervorgerufenen nationalen und sozialen Bewegungen in ein einheitliches Europa blieb 1918 ebenso wie 1848 ungelöst. Die polnische, tschechische, südslawische, rumänische Eigenstaatlichkeit war zugleich ein Fortschritt und ein Anachronismus. Die Abschüttelung der nationalen Unterdrückung war eine unerläßliche Stufe auf dem Weg zu einem demokratischen und erst recht zu einem sozialistischen Europa. Führte jedoch diese Selbstbestimmung, wie es der Fall gewesen ist, zu einer Vervielfältigung der Zollgrenzen und Machtstaaten, wo jeder soeben entstandene Staat auch schon seinen Imperialismus, seine Machtpolitik und seine Privatautarkie aufrichtet, so mußten sowohl die Logik der Machtpolitik als auch die Tendenzen der modernen Wirtschaft zwangsläufig zu einer Vasallisierung der kleinen Staaten durch die jeweilig größte Industrie- und Militärmacht führen.

Nach dem Zerfall Österreich-Ungarns mußten sofort neue übernationale Gebilde geschaffen werden, und zwar in ganz anderem Maßstab. Ein solches Gebilde ist aber der Völkerbund, dem kein Staat ein Tüpfelchen seiner Souveränität abtreten wollte, nicht gewesen. Das neue liberale Europa, das aus Versailles hervorgegangen war, konnte nur eine Übergangsform sein, es war nicht lebensfähig. Die «Ungerechtigkeiten» der Friedensverträge sind dabei nicht das Wesentliche. Der Wiener Kongreß hat mit viel ungerechteren Verträgen den Frieden auf Jahrzehnte gesichert. Der Versailler Friede ist an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gegangen. Der Kompromiß zwischen Kapitalinteressen und nationalen Sicherheitswünschen, zwischen der Furcht vor Deutschland und der Furcht vor Sowjetrußland, zwischen der traditionellen Politik der Interessensphären und Annexionen einerseits und den nationalen Revolutionen andererseits mußte kurzlebig sein. Der Völkerbund verkörperte nicht sein eigenes Prinzip, sondern alle Halbheiten und Kompromisse dieser Politik. Aber auch hier war das Interesse der Bourgeoisie am Kriegsgeschäft nicht allein ausschlaggebend. Es bleibt noch zu erklären, weshalb eigentlich die Völker sich diese Politik gefallen ließen und oft sogar höchst aktiv mitmachten.

Die staatliche Selbständigkeit war für die neuen Nationen der Inhalt eines hundertjährigen Kampfes gewesen. Frankreich hatte zugleich mit allen seinen Gütern und Freiheiten seine nationale Existenz verteidigen müssen. Nun sollten die Völker die eben erst nach schwersten opfervollen Kämpfen errungene Selbständigkeit sogleich auf dem Altar des Völkerbundes zum Opfer bringen? Und sich mit eben den Völkern föderieren, gegen die sie ihren Freiheitskampf ausgefochten hatten? Was Gitermann für das Ende dieses Krieges in Aussicht stellt — «Entladung gewaltiger Mengen seit langem aufgestauter Haßgefühle, ein Chaos, das die vernunftmäßige Leitung des sozialen Aufbaus wesentlich behindern kann» —, das ist nach dem letzten Weltkrieg tatsächlich eingetreten.

Und doch, — auf den Schlachtfeldern Polens und Flanderns ist in den Völkern das Bewußtsein der europäischen Einheit entstanden. Der Front-

kämpfer Barbusse erkannte damals: «Zwei Armeen, die sich bekämpfen, sind eine große Armee, die Selbstmord verübt.» Die Völker, die sich in den Schützengräben gemessen hatten, erkannten, daß sie nie mehr gleichgültig aneinander vorbeileben würden: Versklavung oder Verbrüderung, ein Drittes war nicht mehr möglich. So war das Problem gestellt, gelöst aber wurde es nicht.

Wie steht es nun mit den heutigen «Lösungen» der europäischen Frage? Was auf demokratischem, liberalem Weg nicht ging, das soll nun mit absolutistischen gewaltsamen Mitteln ausgeführt werden — so wie Bismarck das nationale Programm der 48er Demokraten ausführte.

Dauerhafte Vereinigung verschiedener Nationen, es ist das schwierigste Problem unserer Zeit. Doch läßt sich nicht nachweisen, daß die Föderierung nicht schon unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem vonstatten gehen kann, und sie müßte daher eine unmittelbare Losung des Sozialismus gegenüber Krieg und Diktatur sein.

Wohl aber lehrt die historische Erfahrung, daß nur auf *demokratischer* föderativer Basis eine solche Vereinigung von Dauer sein kann: die Schweiz, die Vereinigten Staaten, das lose Gefüge der Dominions — es gibt keine andern in Frage kommenden Vorbilder für derartige Lösungen, denn bei der Sowjetunion ist vor allem der *Ausgangspunkt* zu verschieden. Es sind daher keine ideologischen Scheuklappen, die uns zur Auffassung bewegen, daß der Demokratie die Zukunft gehört, daß sie allein ein Europa schaffen kann. Vergegenwärtigen wir uns allerdings die schwierige Entstehung des schweizerischen Bundesstaates (am besten dargestellt bei Rappard: *L'Individu et l'Etat*), so wissen wir, wie schwer um solche Entscheidungen zu ringen ist.

Heute ist die Frage dem Sozialismus gestellt. Das liberale Bürgertum hat an ihr versagt. Das Dritte Reich gibt ihr eine Lösung, die den Keim zu fernem Chaos in sich trägt. Der freiheitliche Sozialismus aber ist die einzige Kraft, die zur nationalen Versöhnung, zum Abbau der erstarrten überentwickelten staatlichen Gebiete fähig wäre. Nur müssen wir diese Fragen der staatlichen Souveränität und der Nationalitäten — die für die Schweiz ja bereits gelöst sind — in ihrer ganzen Tragweite für die europäische Entwicklung verstehen und nicht «den Kapitalismus» im allgemeinen für Vorgänge verantwortlich machen, die aus der besonderen empirischen Geschichte Europas entspringen.

Die modernen Massenkriege sind in erster Linie *politische* Geschehnisse, die sich — im Gegensatz zu den kolonialen Söldnerkriegen zur Zeit des Merkantilismus — nicht unmittelbar aus den Interessen des Kapitalismus ableiten lassen. Sie sind nicht mit den kapitalistischen *Krisen* zu vergleichen, sondern mit den modernen *Revolutionen* — die ebenfalls ihren letzten Grund in Veränderungen der wirtschaftlichen Struktur finden, die aber jeweils aus den vielfältigen Wechselwirkungen zwischen den Klassen und für gewöhnlich nicht aus dem Kapitalismus im allgemeinen erklärt werden.

Es ließe sich leicht nachweisen, daß z. B. Marx und Eegels keinen einzigen der europäischen Kriege ihrer Zeit direkt aus dem Kapitalismus abgeleitet haben, sondern in jedem Einzelfall konkret und empirisch nach

dynastischen Prestigegründen, Ablenkung von Innenpolitik, Mittel zu nationaler Einigung und ähnlichen Hintergründen der Kriege geforscht haben, wobei sie übrigens stets dafür hielten, daß der Sieg des einen der beiden Kriegführenden dem Fortschritt dienlicher sei als der Sieg des andern und niemals Gesinnungsneutralität übten. Es ist damit nicht gesagt, daß sie immer recht hatten oder daß dieses Rezept nun auf jeden Fall nachgeahmt werden müsse. Als der französisch-italienische Krieg gegen Österreich herannahte, sprach sich beispielsweise Engels für Österreich aus, Lassalle dagegen, und mit treffenden Argumenten für Frankreich. Im preußisch-französischen Krieg waren Marx und Engels erst für den Sieg Preußens als Schritt zur nationalen Einigung Deutschlands, nach Sturz des Kaisertums aber für den Sieg Frankreichs. Als Militärkritiker in bürgerlichen Zeitungen riet Engels damals den Engländern, Kolonialtruppen nach Frankreich zu senden. Es kommt hier nicht auf die Einzelheiten an, sondern auf den Geist, die konkrete realistische Methode; darin liegt das Große an Marx' Lehre, und das dürfen wir nicht preisgeben.

IV.

Das Verhältnis des Kapitalismus zu den Kriegen läßt sich also nicht eindeutig bestimmen. Ebenso verhält es sich mit der eng verwandten Frage des Verhältnisses zwischen Kapitalismus und Staatsallmacht. Vom Abbau des alten monarchischen Absolutismus, über die Stufe des Wirtschaftsliberalismus hinweg zum Aufbau einer neuen, noch weit umfassenderen Staatsallmacht — so scheint sein Weg zu verlaufen. Der Kapitalismus hat nicht mehr die innere Selbstsicherheit einer aufsteigenden Wirtschaftsform, die behufs ihrer Entfaltung alle Schranken durchbricht, und daher greift er zu den Mitteln des politischen Zwanges, um seinen Niedergang aufzuhalten und der Logik seiner Ökonomie Trotz zu bieten. So wird der Vorgang häufig von Sozialisten dargestellt, doch ist auch hier die Sache nicht ganz so einfach.

Der Kapitalismus als Wirtschaftsform kann sich mit den verschiedensten politischen Gestaltungen vertragen: mit japanischem Feudalismus und Kaiservergottung, mit preußischem Junkertum, mit verschuldetem kleinbäuerlichem Splitterbesitz und mit herrschaftlichem englischem Latifundismus. Er kann zur Weltwirtschaft tendieren, er läßt sich auch den eigengesetzlichen Notwendigkeiten des Krieges, seiner Vorbereitung, seiner Planwirtschaft unterstellen, verträgt sich mit Autarkie, Militarisierung, Staatseingriffen und faktischer wirtschaftspolitischer Entmachtung des Bürgertums. Der Fabrikant wird zum Beamten, der Arbeiter vom «freien» Lohnempfänger zum «eingesetzten» Soldempfänger, es heißt nunmehr Führer und Gefolgschaft, und doch ist es immer noch Kapitalismus.

Gerade bei Deutschland läßt es sich zeigen, wie eine durchaus zielbewußte, expansive Außenpolitik der Wirtschaft ihre Ziele gesetzt, ihre Formen eingepreßt hat. Diese Politik — es war vor allem die Revanche gegen Frankreich und die Schaffung eines Kolonialreiches im slawischen Osteuropa — wurde von der Reichswehr seit 1918 konsequent vorbereitet (siehe namentlich die *Histoire de l'Armée allemande* des jetzigen fran-

zösischen Staatssekretärs *Benoist-Méchin*). Inflation, Wirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit schufen einen günstigen Boden für die Einrichtung einer totalitären Kriegswirtschaft, sie gaben den maßgebenden militärischen Kreisen die Möglichkeit, ihr Programm zu verwirklichen, sie schufen aber dieses Programm keineswegs.

Eine Eroberung des englischen Kolonialreichs hatte nie ernstlich zu diesem Programm gehört. Die Kolonien waren für das wilhelminische Deutschland eher ein Passivum gewesen, und man erinnerte sich daran. Die Außenpolitik des Dritten Reichs hat in vielen wichtigen Zügen nur das Erbe des Preußentums und seines Kampfes gegen das Slawentum angetreten. Bei Bismarck finden sich ebenso harte Worte über die Polen wie bei heutigen Gauleitern (siehe hierzu Hodann, *Der slawische Gürtel*). Auch hier hilft also die allgemeine Anklage gegen den abstrakten «Kapitalismus» nicht weiter.

Es wäre ohnehin eine falsche Vereinfachung, wollten wir die faschistischen Bewegungen im Nachkriegseuropa aus dem Wunsch der Bourgeoisie nach einem starken Staat ableiten. Der Faschismus — wie *Mon-dolfo*, *Silone* und seither viele andere festgestellt haben — ist in erster Linie ein Aufstand der Mittelklassen, eine Umgestaltung der Gesellschaft nach dem Versagen sozialistisch-revolutionärer Bewegungen. Es sind vor allem die Schichten, die durch die spontane Entwicklung des Kapitalismus aus dem Wirtschaftsleben verdrängt werden — vom Rentenbezieher bis zum Arbeitslosen —, die sich vermittels der politischen Macht gewalt-sam wieder in die Wirtschaft einfügen.

Politik ist für die neue führende Schicht Beruf und Existenz. Würde sie aus der politischen Sphäre geworfen, so verlöre sie alles — während ein englischer Staatsmann, der abdankt, sich auf sein Landgut zurückzieht und Angelsport treibt. Daher die Zähigkeit und Dynamik dieser Gruppe, ihr spezifisch politischer Instinkt für Machtfragen, mit dem sie sich ja das Kräftegleichgewicht zwischen Bürgertum und Proletariat zunutze zu machen wußten.

Wenn wir den heutigen Zug zur Bürokratisierung und Staatsallmacht begreifen wollen, so müssen wir bedenken, daß der Staat in hervor-ragendem Maße zu einer Versorgungsanstalt geworden ist — wie im Mittelalter die Kirche, wie in den «besitzenden» Ländern die Kolonien, die in England einmal die Fürsorge für die obere Klasse genannt wurden. Es wird wenig schwierigere Aufgaben für den Sozialismus geben als den Abbau dieser Bürokratie, der mit dem Abbau der staatlichen Souveränität Hand in Hand ginge. Als *Poincaré* einmal versuchte, einige überflüssige Unterpräfektoren einzuschmelzen, waren die Widerstände so stark, daß er davon absehen mußte.

V.

Zusammengefaßt: Die europäischen Kriege sind, der heutige ein-geschlossen, nicht aus der inneren Logik des Kapitalismus allein zu dedu-zieren, sondern ohne die eigentümliche nationale Entwicklung Europas unverständlich. Diese Kriege sind «verdrängte Revolutionen», wobei rein kommerzielle Fragen des Kapitaleports und der Kolonialbesitze eine

durchaus sekundäre Rolle spielen. Über diese Fragen hätte man sich auch billiger einigen können. Mit Recht hat K. v. Schuhmacher in zwei Leitartikeln der «Weltwoche» darauf hingewiesen, daß England innigere Handels- und Kapitalbeziehungen zu freien Staaten als zu seinen eigenen Kolonien pflegt. Diese Behauptung wird vom «*Economist*» bekräftigt, der (20. Nov. 1937) errechnete, daß die Zinsen aus den Kapitalinvestitionen in seinen Kolonien für England nur ein Fünftel seines Einkommens aus Überseeinvestitionen und weniger als ein Hundertstel des gesamten nationalen Einkommens ausmachen. Damit ist auch Schuhmachers zweite Behauptung bekräftigt, daß zwischen England und Deutschland tiefere als nur imperialistische Gegensätze bestehen.

Die Frage des modernen totalitären Staates läßt sich nicht einfach aus der Logik des niedergehenden Kapitalismus erklären und nicht einmal aus der Logik der Kriegswirtschaft. Amerika und England sind im Begriff, eine sehr radikale Kriegswirtschaft aufzubauen, ohne deshalb die notwendigen diktatorischen Maßnahmen auf alle übrigen Sektoren des gesamten politischen und kulturellen Lebens auszudehnen. Es ist keineswegs gesagt, daß dieser Versuch zum Scheitern verurteilt ist.

Mit dem Komplex: Kapitalismus — Nation — Staat werden, unserer Überzeugung nach, die wichtigsten Probleme unserer Zeit und namentlich Europas berührt. Schon deshalb kann ein kurzer Artikel nicht entfernt einen Lösungsversuch vorstellen wollen. Es ging nur darum, das sozialistische Denken an einigen Punkten in Fluß zu bringen, wo es von dogmatischer Erstarrung bedroht ist.

*

Einige Bemerkungen

Die von François Bondy geltend gemachten Argumente sind so mannigfaltig, daß eine ausführliche Beleuchtung derselben zu viel Zeit und Raum in Anspruch nehmen müßte; ich beschränke mich deshalb auf eine kurze Erwiderung.

1. Meine Schrift: «Rückblick und Ausblick», auf die F. Bondy wiederholt Bezug nimmt, ist als nachträgliche Niederschrift eines Vortrages entstanden, in dem ich bewußt auf vereinfachende Darstellung des Weltgeschehens ausging. Daß die Wirklichkeit komplizierter ist, als daß man sie in einer knappen Stunde erschöpfend charakterisieren könnte, ist selbstverständlich.

2. Meine Auffassung der zwischen Krieg und Kapitalismus bestehenden Zusammenhänge wird von F. Bondy nicht ganz zutreffend wiedergegeben. Nicht nur deswegen rüsten kapitalistische Großmächte auf, weil sie durch imperialistische Eroberung sich einen erweiterten «Lebensraum» gewinnen oder sichern wollen. Sie rüsten vielmehr in erster Linie deshalb auf, weil die kapitalistische Industrie, so oft sie in Krise und Stagnation gerät, in staatlichen Rüstungsaufträgen das bequemste Mittel zur Ankurbelung der Produktion und zur Umgehung der Absatzschwierigkeiten erblickt. Die kapitalistische Produktion kann auf die Dauer die Erzeugung von Explosivstoffen nicht entbehren, weil die kapitalistische Einkommensverteilung bei ausschließlicher Produktion von Gütern friedlichen Gebrauchs keine aus-

reichenden Absatzmöglichkeiten gewährt. Vor die Wahl gestellt, entweder das System der Einkommensverteilung zu ändern oder zu rüsten, wählt der Kapitalismus das letztere. Damit steht nicht in Widerspruch, daß der Krieg selbst, wenn er einmal ausbricht, sich als Verlustgeschäft herausstellt, das heißt zu Resultaten führt, die man «auch billiger» hätte haben können.

3. Daß die in der Marxschen Prognose vorausgesagte Zuspitzung und Vereinfachung der Klassengegensätze (hie Bourgeoisie — hie Proletariat) nicht in Erfüllung gegangen ist, daß sich vielmehr eine Komplikation der sozialen Struktur vollzogen hat, habe ich nicht nur nie bestritten, sondern (in meiner «Historischen Tragik der sozialistischen Idee», Verlag Oprecht) ausführlich dargestellt. In derselben Arbeit habe ich auch andere Punkte hervorgehoben, in denen die geschichtliche Entwicklung von der durch Marx vorgezeichneten Linie abgewichen ist, und ich darf daher für mich in Anspruch nehmen, von dogmatischer Gebundenheit an irgendwelche Äußerungen sozialistischer Klassiker frei zu sein. Ebenso ist mir die Stellungnahme von Marx und Engels zu den Kriegen ihrer Zeit wohl historisch interessant, aber in bezug auf die Behandlung unserer Gegenwartsprobleme keineswegs entscheidend.

4. Bondys Formulierung, der Kapitalismus dränge einerseits zur Internationalisierung des Wirtschaftslebens, andererseits zur Nationalisierung der kapitalistischen Interessen, scheint mir mangelhaft. Der Kapitalismus schafft keinerlei internationale Solidarität, er trägt nur den Konkurrenzkampf auf das internationale Gebiet des Weltmarktes hinaus. In diesem Konkurrenzkampf bedient er sich der nationalistischen Ideologie, ähnlich wie sich der Frühkapitalismus konfessioneller Ideologien bedient hat. Und wo die nationalistische Ideologie nicht ausreicht, wird die Rassenideologie herangezogen, was Hilferding in seinem «Finanzkapital» (S. 427 und 447) schon 1910 glänzend vorausgesagt hat. Ebenso hängt die Autarkie-Politik, wie sie von einigen kapitalistisch bewirtschafteten Ländern eine Zeitlang betrieben wurde, durchaus nicht, wie Bondy meint, mit der «zunehmenden geschichtsbildenden Macht plebejischer, bäuerlich-kleinbürgerlich-proletarischer Massen» zusammen, sondern in erster Linie mit den Absatzschwierigkeiten des kapitalistischen Unternehmertums, das die Kaufkraft des inländischen Marktes mit ausländischen Konkurrenten nicht teilen will und sich durch Schutzzölle usw. etwas Luft zu machen sucht. Es läßt sich denn auch deutlich beobachten, daß das Gefühlsleben der in den Krieg verwickelten Völker heute eigentliche nationalistische Paroxysmen gar nicht mehr aufweist.

5. Bondys Behauptung, daß das deutsch-englische Ringen um den Weltmarkt nicht zu den Ursachen des Weltkrieges 1914—1918 gezählt werden könne, bestreite ich. Der deutsche Export in die britischen Kolonien wie auch in andere Absatzgebiete wuchs tatsächlich unaufhörlich und ungehemmt. Während Großbritannien seine Ausfuhr in den Jahren 1904—1913 von 6,1 auf 10,7 Milliarden Mark, das heißt nur um 74,7 Prozent hat vermehren können, wies der deutsche Export im gleichen Zeitraum eine Steigerung von 5,2 auf 10,1 Milliarden Mark, das heißt um 93,3 Prozent auf. Hinsichtlich des Anteils am Weltmarkt bestand also zwischen England und Deutschland eine sich verschärfende Rivalität. Deutschland war 1913 ge-

rade im Begriff, Großbritannien hinsichtlich des Exports zu überholen. Englische Stimmen, in denen eine wachsende Beunruhigung über Deutschlands ökonomischen Aufstieg zum Ausdruck kam, lassen sich in großer Zahl anführen. Schon 1897 schrieb die «Saturday Review»: «Wo es gilt, ein Bergwerk auszubeuten oder eine Eisenbahn zu bauen, wo Eingeborene von der Brotfrucht zur Büchsenfleischnahrung, von der Enthaltbarkeit zum Handelsschnaps übergehen sollen, da suchen Deutsche und Engländer einander zuvorkommen. Eine Million kleiner Nörgeleien schafft den größten Kriegsfall, den die Welt je gesehen hat. Wäre Deutschland morgen vernichtet, so gäbe es überhaupt keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher wäre». Als Bismarck im Jahre 1898 von einem englischen Schriftsteller gefragt wurde, wie die englisch-deutschen Beziehungen gebessert werden könnten, antwortete er sehr zutreffend: er wisse leider kein Mittel; das einzige ihm bekannte bestünde darin, der deutschen Industrie einen Zaum anzulegen. Ich verweise auch auf die Äußerung Moltkes aus dem Jahre 1900, die ich in meiner Roepke-Kritik («Rote Revue», Juni 1942, S. 343) zitiert habe. Die von Tirpitz befürwortete deutsche Aufrüstung zur See stand eben damit in Zusammenhang, daß Deutschlands Export quantitativ ein Volumen erreicht hatte, das zu gewaltsamer Auseinandersetzung mit England drängte. Aus welchem «Anlaß» Großbritannien tatsächlich in den Krieg eingetreten ist, spielt für die historische Beurteilung der eigentlichen Kriegsursachen keine Rolle; das eine Mal war es Belgien, das andere Mal war es Polen.

6. Der Zerfall Österreich-Ungarns war keine Wirkung autonomer «nationaler Zentrifugalkräfte», wie Bondy meint, sondern eine Folge davon, daß das kapitalistische Bürgertum der benachteiligten und unterdrückten Nationalitäten keine Möglichkeit bekam, sich wirtschaftlich zu entwickeln. Darüber stehen sehr aufschlußreiche Dinge in Otto Bauers «Nationalitätenfrage». Ganz analoge Erscheinungen, wenn auch ideologisch anders gefärbt, behandelt Annemarie Custer in ihrer Arbeit über die Stellung der Zürcher Untertanen zur Französischen Revolution (Schultheß, Zürich 1942).

7. Bondys Auffassung, die europäischen Kriege seien «nicht aus der inneren Logik des Kapitalismus zu deduzieren, sondern nur mit genauer Kenntnis der eigentümlichen Nationalitätenfragen Europas erklärbar», geht darauf zurück, daß er einerseits den Begriff des «Kapitalismus» in allzu einfacher Definition voraussetzt, und daß er andererseits sekundäre und primäre Faktoren des historischen Geschehens nicht genügend unterscheidet. Die Physik lehrt, daß die Schwerkraft alle Körper zur Erde niederzieht. Es gehören einige gedankliche Zwischenglieder dazu, einzusehen, daß dieselbe Schwerkraft einen Luftballon in die Höhe treibt, und daß zwischen beiden Erscheinungen durchaus kein Widerspruch besteht.

8. Über die komplizierten und mannigfaltigen Beziehungen, welche zwischen ökonomischen Voraussetzungen und ideologischen Systemen bestehen können, ausführliche Erörterungen vorzubringen, verbietet hier der zur Verfügung stehende Raum. Ich muß daher (wie auch hinsichtlich des Problems der Entstehung faschistischer Staatsformen) auf meine «Historische Tragik der sozialistischen Idee» verweisen.

V a l e n t i n G i t e r m a n n .